

Dienstag, 12. Dezember 1961

Blatt 2674

Spargelder rollten durch Wien

40.000 Gänse für den Auszahlungsabend

12. Dezember (RK) Sechs Transportautos, gut bewacht von Polizeibeamten, waren in der ersten Dezemberwoche ständig unterwegs, um den 47 Zweiganstalten der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien insgesamt 125 Millionen Schilling für die Auszahlung in den Sparvereinen rechtzeitig bereitzustellen. Die Hauptanstalt mußte sich für den Auszahlungstag der 1.613 Sparvereine rund 3.000 Säcke Münzgeld im Gesamtgewicht von acht Tonnen und 650.000 Banknoten beschaffen. Jetzt befinden sich die Spargelder bereits in den Händen von 200.000 Sparvereinsmitgliedern, soweit sie noch nicht beim Einkauf von Weihnachtsgeschenken weitergegeben wurden.

Nach wie vor führt in der Sparfreudigkeit Favoriten mit 172 Sparvereinen und rund 14 Millionen Schilling Spareinlagen. An zweiter Stelle folgt Ottakring mit 149 Vereinen und elf Millionen Schilling Sparkapital. Dann kommt Rudolfsheim-Fünfhaus mit 7,7 Millionen Schilling und 114 Vereinen, dicht gefolgt von den 103 Sparvereinen Meidlings, die allerdings summenmäßig mit 8,2 Millionen Schilling den 15. Bezirk bereits überflügeln konnten.

Findige Statistiker haben errechnet, daß bei dem traditionellen Gansessen anläßlich der Sparvereinsauszahlung an die 40.000 Gänse verzehrt wurden.

Die Budgetberatungen im Rathaus:Das Personal der Stadt Wien
=====

12. Dezember (RK) Am zweiten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe I, Personalwesen, Verwaltungs- und Betriebsreform, behandelt. Das Referat erstattete Stadtrat Riemer (SPÖ). Er führte aus:

"Das zu Ende gehende Jahr 1961 stand auf dem Personalsektor wieder im Zeichen der Hochkonjunktur der österreichischen Wirtschaft und damit der Vollbeschäftigung und einem außergewöhnlichen Mangel auf dem Arbeitsmarkt. Der öffentliche Dienst ist auf diesem Gebiet gegenüber der Privatwirtschaft außerordentlich im Nachteil, weil der Aufbau des Entlohnungsschemas individuelle Lösungen verbietet oder zumindest sehr beschränkt. Immerhin hat sich die kurz vor Jahresbeginn wirksam gewordene Erhöhung der Anfangsbezüge einigermaßen spürbar gemacht. Der drückende Nachwuchsmangel ist teilweise gelindert. Auf manchen Sektoren des öffentlichen Dienstes ist das Angebot sogar schon größer als der Bedarf. Dies gilt vor allem für die Gruppe der Maturanten, wo die Zahl der weiblichen Bewerbungen den Bedarf an weiblichen Fachverwaltungskräften schon übersteigt. Ein bedenklicher Engpaß ist dagegen immer noch im Kanzleidienst zu verspüren. Gute Schreibkräfte werden von der Privatwirtschaft abgeworben.

Diese Beobachtung hat daher die Gemeindeverwaltung veranlaßt, die vor drei Jahren in die Dienstordnung aufgenommene Bestimmung über die Möglichkeit einer begünstigten Abfertigung weiblicher Bediensteter weitgehend einzuschränken. Diese Bestimmung wurde seinerzeit aus dem Bundesdienstrecht übernommen. Sie sollte einen damals bestehenden Überhang an weiblichen Bediensteten, insbesondere bei der Lehrerschaft, abbauen helfen. In unserer Zeit des Personalmangels ist diese familienpolitisch gedachte Wohltat vielfach mißbraucht worden. Es hat sich gezeigt, daß manche städtische Bedienstete aus dem Kanzleidienst wie auch aus dem Pflegedienst die hohen Abfertigungen bei Dienstesentsagung kassierten und am nächsten Tag anderswo bei höheren Bezügen ein Arbeitsverhältnis eingegangen sind. Mit Wirksamkeit ab 1. Juli 1962 soll daher nur dann eine Abfertigung bei

Dienstesentsagung weiblicher Bediensteter gegeben werden, wenn diese spätestens zwei Jahre nach Geburt eines Kindes aus dem städtischen Dienst scheiden. Damit wird der ursprüngliche Zweck der Förderung der Familie wieder hergestellt.

Mehr Fluktuation in der Privatwirtschaft

Es ist interessant, daß die Fluktuation, also der Arbeitsplatzwechsel in der Privatwirtschaft bedeutend größer ist als im städtischen Dienst. Nach Berichten des Zentralamtes für Statistik wurden bei einem Stand von 403.000 krankenversicherten Arbeitern im September 33.000 Abgänge und 37.000 Zugänge gezählt. Das sind 8.3 Prozent bzw. 9.3 Prozent des Personalstandes. Bei den Privatangestellten ist die Fluktuation um 50 Prozent geringer. Von 233.000 krankenversicherten angestellten sind im Laufe des Septembers 8.880 aus ihrem Posten ausgeschieden und 10.991 haben einen neuen Posten angetreten. Das sind 3.8 Prozent Abgänge und 4.7 Prozent Zugänge. Ein Vergleich mit der Personalbewegung der Wiener Stadtwerke, die nach wie vor unter Personalmangel zu leiden haben, zeigt eine weit größere Stabilität des Personals. Von 19.000 Arbeitern und Beamten der Stadtwerke sind im September 136 Bedienstete ausgeschieden und 107 eingetreten. Das sind 0.71 Prozent Abgänge und 0.56 Zugänge. Die Fluktuation in der Privatwirtschaft ist also immerhin neunmal so groß wie bei den Wiener Stadtwerken.

Aber nicht nur die Stadt Wien hat die größten Schwierigkeiten, das erforderliche Personal für seine Dienststellen und Betriebe zu bekommen. In einer Sitzung des Personalausschusses des Österreichischen Städtebundes, die vor wenigen Tagen stattgefunden hat, berichteten die Vertreter der Stadt Linz, daß trotz eifrigsten Bemühungen - es wurden sogar Werbekolonnen ins Mühlviertel entsendet, um Arbeitskräfte für die Linzer Stadtwerke anzuwerben - der Anschluß neugebauter Wohnobjekte an Gas- und Wasserleitung wochenlang verzögert wird, weil die Linzer Stadtwerke nicht die erforderliche Zahl von Facharbeitern auftreiben können.

Der größte Engpaß bei den Wiener Stadtwerken zeigt sich immer noch beim Fahrdienst der Wiener Verkehrsbetriebe. ./.

Die ständige Werbung und die zweimal jährlich durchgeführten systematischen Werbeaktionen bringen kaum soviel neues Personal, daß der Abgang wettgemacht werden kann. Die Auffüllung der Personalstände ist bis heute nicht gelungen, sodaß nach wie vor ein Minus von rund 500 Bediensteten durch Überstunden und Sonderdienste des vorhandenen Personals ausgeglichen werden muß. Da mit dem weiteren Anhalten der Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung zu rechnen ist, werden die Wiener Verkehrsbetriebe ihr Personalproblem durch technische Reformen und durch eine Überholung des gesamten Verwaltungsdienstes zu lösen versuchen müssen. Das Ziel aller personalpolitischen Maßnahmen bei den Wiener Verkehrsbetrieben wird es sein, die 45-Stunden bzw. die Fünf-Tage-Woche, die grundsätzlich auch bei den Verkehrsbetrieben bereits eingeführt ist, durch diese technischen und verwaltungsmäßigen Reformen für alle Bediensteten der Verkehrsbetriebe sicherzustellen. Es ist zu hoffen, daß dann, wenn jeder Straßenbahner die 45-Stunden-Woche tatsächlich einhalten können wird, die Anziehungskraft dieses Betriebszweiges wieder steigen wird.

Der vor einem Jahr unternommene Versuch, den Personalstand der Verkehrsbetriebe mit Hochschülern aufzufüllen, hat leider fehlgeschlagen. Es haben sich nur wenige Hochschüler für diesen Dienst gemeldet.

Daß in anderen Städten die öffentlichen Verkehrsbetriebe unter dem gleichen Personalmangel leiden, zeigt die Tatsache, daß zum Beispiel die Verkehrsbetriebe der Stadt Hannover Spanier und andere deutsche Städte Perser und Türken, die der deutschen Sprache mächtig sind, als Schaffner und Fahrer für die Verkehrsbetriebe aufgenommen haben.

Ein ganz klein wenig günstiger verläuft die Entwicklung im Pflegedienst. Bis jetzt ist es gelungen, rund ein Drittel des Krankenpflegepersonals der 45-Stunden-Woche teilhaftig werden zu lassen. Wir haben uns auch entschlossen, die für Urlaubsvertretung als Hilfsschwestern aufgenommenen Frauen über die Urlaubszeit hinaus zu behalten und mit ihnen die Personalstände in den Spitälern und Anstalten aufzufüllen. Damit ist der zahlenmäßige Mangel an Pflegepersonal im Augenblick behoben. Das Minus auf diesem Sektor besteht vor allem beim geschulten Pflegepersonal.

Eine der Ursachen des Mangels an Pflegeschwestern liegt im Rückgang der Zahl der geistlichen Schwestern. Während im Jahre 1950 noch rund 1.300 Ordensschwwestern in den Wiener Anstalten Dienst gemacht haben, ist ihre Zahl auf knapp 800 gesunken. Die Orden haben eben genau so große Schwierigkeiten bei der Beschaffung des Nachwuchses wie die städtische Verwaltung. Wir haben mit den Orden eine Verbesserung der Bezüge der geistlichen Schwestern vereinbart.

Das neue Krankenpflegegesetz

Das neue Krankenpflegegesetz bedeutet in vieler Beziehung den von uns erwünschten und angestrebten Fortschritt. Es hat das Mindestalter für den Eintritt in eine Krankenpflegeschule mit dem 17. Lebensjahr festgesetzt und damit einen zusätzlichen Jahrgang für die Ausbildung diplomierter Krankenschwestern erschlossen. Dieser Vorteil hat sich schon in der Vorschule für soziale Frauenberufe ausgewirkt. Derzeit besuchen diese Vorschule 94 Mädchen. Von den 42 Schülerinnen der zweiten Klasse haben bei Umfrage 34 Mädchen erklärt, nach Vollendung des 17. Lebensjahres in eine Krankenpflegeschule der Stadt Wien eintreten zu wollen. Drei Schülerinnen wollen die Fürsorgerinnenschule, eine die Kindergärtnerinnenbildungsanstalt besuchen, ein Mädchen will Erzieherin werden und drei Schülerinnen haben sich vorläufig noch nicht entschieden.

Die Stadt Wien betreibt derzeit fünf Pflegerinnenschulen und zwei Säuglingsschwesternschulen mit insgesamt 692 Schülerinnen. Diese dreijährigen Lehrgänge bringen alljährlich ungefähr 200 Diplomschwestern für den Gesundheitsdienst der Stadt Wien.

Das neue Krankenpflegegesetz hat aber auch neue Verpflichtungen statuiert, deren Durchführung neuen Personalbedarf bedeutet. Die Nachschulung der Hilfspflegerinnen, die bisher auf freiwilliger Basis erfolgte, erklärt das neue Gesetz nunmehr zur Pflicht.

Auf Grund von Verhandlungen und Vereinbarungen mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten aus der allerletzten Zeit gilt nunmehr für alle Sparten des Gemeindedienstes die 45-Stunden-Woche. Wo der Personalmangel die effektive Durchführung der 45-Stunden- oder Fünf-Tage-Woche noch immer verhindert, wie bei den Verkehrsbetrieben und im Pflegedienst, werden die unvermeidlichen Mehrleistungen durch Barvergütungen abgegolten.

Der Mangel an Nachwuchs

Der Mangel an Nachwuchs besteht vor allem noch immer bei einer Reihe akademischer Berufe. Dienstposten für Akademiker in allen Berufssparten, insbesondere bei der Baupolizei, aber auch bei der Feuerwehr, können nicht laufend besetzt werden. Drückender Personalmangel zeigt sich aber auch bei den ungelerten Arbeitern, wie bei der Straßenreinigung und bei der Müllabfuhr. Bei dieser, besonderen Kraftaufwand erfordernden Sparte, bieten selbst die hohen Leistungsprämien keinen Anreiz. Bei der Straßenreinigung sollte eine weitgehende Motorisierung Abhilfe schaffen. Trotz der dadurch erreichten Senkung des Personalstandes ergeben sich große Lücken, die seit einiger Zeit durch Heranziehung von Arbeitern von fremden Firmen zu schließen versucht werden.

Selbsthilfe des Anstaltenamtes

Etwas günstiger ist die Personalsituation in den Spitälern und Wohlfahrtsanstalten. Das Anstaltenamt hat gewissermaßen zur Selbsthilfe gegriffen und bei Besuchern der Patienten und Angehörigen des Personals eine Werbeaktion durchgeführt. Sowohl Personal für den Pflegedienst, als auch Haus- und Küchenpersonal konnte in großer Zahl gewonnen werden, sodaß praktisch im Augenblick der Personalmangel unserer Anstalten behoben ist.

Verwaltungsreform ohne Pause

Auch im abgelaufenen Jahr wurden die Personalstände in allen Magistratsabteilungen und Dienststellen von der Amtsinspektion der Magistratsdirektion ständig überprüft, überflüssig gewordene Arbeiten eingestellt und Personal eingespart. Bei Aufstellung des Dienstpostenplanes für 1962 haben die Abteilungen die Schaffung von 950 neuen Dienstposten gefordert. Nach der Prüfung durch die Amtsinspektion hat sich ein Dienstpostenplan ergeben, der 90 Dienstposten weniger aufweist als der Dienstpostenplan des Jahres 1961. Von den somit von den Dienststellen erwarteten 1.040 neuen Posten wurden nur 215 genehmigt.

Von den im Stellenplan 1961 vorgesehenen Posten wurden 305 gestrichen, sodaß eine tatsächliche Verminderung der Posten gegenüber 1961 um 90 eintritt. Bei den neuen Posten handelt es sich um 154 Posten für das Anstaltenamt, der Rest entfällt vorwiegend auf das Bauamt, auf Kindergärten und auf andere Abteilungen.

Wie intensiv die Verwaltungsvereinfachung betrieben wird, zeigt sich darin, daß die reine Hoheitsverwaltung, im Dienstpostenplan für das nächste Jahr um 130 Dienstposten weniger zugebilligt erhielt als im Vorjahr. Es ergibt sich somit ein Personalstand des Magistrates von 34.972 aktiven Bediensteten, das sind um 90 Personen weniger als nach dem Dienstpostenplan des Jahres 1961. Diesmal sind aber die nicht vollbeschäftigten 1.912 Bediensteten auf ganztäglich beschäftigte Bedienstete umgerechnet worden, was 1.222 Vollbeschäftigte ergibt, sodaß also nur 34.282 Bedienstete voll zu bezahlen sind.

Die Zahl der Pensionisten wird im Jahre 1962 mit 16.320 angenommen. Das sind um 415 Pensionisten mehr als im laufenden Jahr.

Personalstand der Wiener Stadtwerke

Die Wiener Stadtwerke rechnen für das kommende Jahr mit einem Stand von 19.785 Aktiven, das ist eine Vermehrung um 57. Davon entfallen auf das E-Werk 3.948 (+ 73), auf das Gaswerk 2.194 (- 28), auf die Verkehrsbetriebe 13.191 (- elf) und auf die Bestattung 452 (+ 23).

Die Vermehrung der Dienstposten beim E-Werk ist auf die Errichtung und baldige Inbetriebnahme eines neuen Kraftwerkes zurückzuführen.

Die Wiener Stadtwerke rechnen ferner mit 19.292 Pensionisten, das sind um 243 weniger als 1961. Davon entfallen auf das E-Werk 3.114 (- 38), auf das Gaswerk 2.350 (- 44), auf die Verkehrsbetriebe 13.664 (- 155) und auf die Bestattung 164 (- sechs).

Personalaufwand

Der Magistrat hat für 1962 mit einem Personalaufwand von 1.972,622.000 Schilling zu rechnen, das sind 31.1 Prozent aller Ausgaben der Stadt Wien. 1961 waren es 1.777 Millionen Schilling, das sind 31.7 Prozent. Der Personalaufwand steigt also um 195 Millionen Schilling. Dieser Mehraufwand ergibt sich aus der Bezugs-

erhöhung um ein Prozent ab 1. Jänner 1962, der Erhöhung der Pensionsbemessungsgrundlage von bisher 78.3 Prozent auf 80 Prozent, der Neuregelung und Erhöhung vieler Nebengebühren, der Einführung der Säuglings- und Mütterbeihilfen und der bereits in Rechnung gestellten neuerlichen Beamtenentschädigungen.

Die Stadtwerke präliminierten einen Personalaufwand von 1.252 Millionen Schilling (1961: 1.181 Millionen Schilling). Das ist eine Steigerung um 70 Millionen Schilling.

Der gesamte Personalaufwand

für 1962 beträgt für Magistrat und Stadtwerke zusammen 3.224,6 Millionen Schilling.

Die Personalbewegung

In der Zeit vom 1. November 1960 bis 31. Oktober 1961 wurden beim Magistrat 2.072 Abgänge festgestellt, bei den Stadtwerken waren es 1.406 Bedienstete.

Interessant sind die Ausscheidungsgründe der 600 aus dem Dienst geschiedenen Vertragsbediensteten der Wiener Stadtwerke: Erreichung der Altersgrenze 46, Krankheit 170, familiäre Verhältnisse 87, ungünstige Arbeitsleistung 29 und Postenwechsel 269.

In der gleichen Zeit sind beim Magistrat 2.350, bei den Wiener Stadtwerken 1.378 Bedienstete neu aufgenommen worden.

Die Stadt Wien übt auch die Diensthoheit über die Lehrer der Pflichtschulen aus. Ihre Zahl beträgt 5.114, von denen 4.224 pragmatisiert sind.

19. und 20. Novelle zur Dienstordnung

Der Wiener Landtag hat im abgelaufenen Jahr zwei Novellen zur Dienstordnung beschlossen. Mit 1. März 1961 wurden die Bezüge der städtischen Bediensteten erhöht, um acht Prozent im Schema II und IV, um zehn Prozent im Schema I und III. Die Stadt Wien ist damit den anderen Gebietskörperschaften vorausgegangen, mit dem Versprechen an ihre Bediensteten, wenn der Bund in seinen Verhandlungen mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu einer höheren Bezugsverbesserung kommen sollte, mit dem gleichen Wirksamkeitsbeginn die Angleichung der Bezüge der städtischen Bediensteten vorzunehmen. Der Bund hat für seine Angestellten eine

Erhöhung der Bezüge ab 1. Juli 1961 um vier Prozent und ab 1. Jänner 1962 eine Erweiterung der Bezugserhöhung auf insgesamt neun Prozent zugestanden. Entsprechend der von der Stadtverwaltung abgegebenen Zusage tritt mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 1962 eine weitere Bezugserhöhung um ein Prozent ein. Auf Grund der in Wien geltenden Pensionsautomatik wirken sich diese Bezugserhöhungen auch auf die bereits im Ruhestand befindlichen Bediensteten aus.

Die 20. Novelle zur Dienstordnung sieht ferner eine Erhöhung der Pensionsbemessungsgrundlage auf 80 Prozent des Bezuges vor, gleichzeitig aber auch eine Angleichung der Pensionsbeiträge an die beim Bund auf fünf Prozent der Bezüge ab 1962.

In Angleichung der Richtsätze der 7. Novelle zum ASVG hat die Stadtverwaltung auch die Mindestsätze der Ruhegenußempfänger erhöht, und zwar auf 680 Schilling für den Alleinstehenden, auf 1.000 Schilling für das Ehepaar, auf 200 Schilling je Kind.

Mit der 19. Novelle zum Dienstrecht wurden die Ersatzleistungen aus Anlaß der Mutterschaft bei Karenzurlauben eingeführt.

Auf Grund der Vereinbarungen mit den Vertretungen der Ärzte und des Pflegepersonals vom Sommer und Herbst 1960 wurden 500 Spitals(Ausbildungs)ärzte der Vertragsbedienstetenordnung unterstellt. Damit wurden Vordienstzeiten angerechnet und die bestehenden Beförderungsrichtlinien angewendet.

Dienstrecht der Kindergärtnerinnen

Auf dem Gebiet des Dienstrechtes ist von der Bundesgesetzgebung noch immer keine Lösung getroffen worden. Verhandlungen, die in der letzten Zeit stattgefunden haben, berechtigen aber zu einer gewissen Hoffnung, daß den Wünschen der Kindergärtnerinnen auf Pragmatisierung in Bälde entsprochen werden kann.

Immer mehr Dienstjubiläen

Erfreulich ist die Entwicklung auf diesem Gebiet. Sie zeigt nicht nur, daß die Menschen unserer Zeit immer älter werden, sondern auch, daß die Zahl jener Mitarbeiter, die bereit sind über die Altersgrenze hinaus zu dienen, ebenfalls im Steigen begriffen ist. In der Berichtsperiode konnte die Verwaltung 2.223 Jubilaren gratulieren, davon 1.158 beim Magistrat und 1.065 bei den Stadtwerken. 1.604 feierten das 25jährige Dienstjubiläum, 619 das 40jährige. Die Stadt Wien hat aus diesem Anlaß Ehrengaben im Gesamtausmaß von 4.3 Millionen Schilling überreicht. ./.

An außerordentlichen Zuwendungen, sogenannten Gnadengaben, wurden 3,3 Millionen Schilling an 425 Personen angewiesen.

Erfreulich ist auch der Rückgang der Geldaushilfen. Gegenüber 560.000 Schilling im Jahre 1960 mußten im Berichtsjahr nur 494.000 Schilling angewiesen werden. Eine rückgehende Tendenz zeigen auch die Gehaltsvorschüsse. Es wurden 8.736 Ansuchen gestellt, um 1.600 weniger als im Vorjahr, von denen 8.169 positiv erledigt wurden. Flüssig gemacht wurden an Vorschüssen 34,3 Millionen Schilling (gegenüber 37,6 Millionen im Vorjahr). Das ergibt einen Durchschnitt von 4.200 Schilling pro Fall.

Im Zeichen der Verwaltungsvereinfachung wird die bargeldlose Überweisung der Ruhegenüsse propagiert. Es konnten dafür schon fast 10.000 Ruhegenußempfänger gewonnen werden, die zumeist bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien ein Konto eröffnen ließen, auf das ihr Ruhegenuß überwiesen wird.

Elektronenanlage im Rathaus

Im Zeichen der Automatisierung der Verwaltung wurde vor zwei Jahren im Rathaus eine Elektronenanlage eingerichtet. Sie besorgt bereits die Liquidierung der Ruhegenüsse und erweitert ihren Wirkungskreis planmäßig auf andere Sparten des Verwaltungsdienstes, soweit es sich um Verwaltungsfunktionen handelt, die sich auf große Massen erstrecken. Die lochkartenmäßige Verrechnung der Wassergebühren für ganz Wien mit 80.000 Konten sollte bis Ende 1961 abgeschlossen werden, ist aber schon Ende August beendet gewesen. Die Elektronenanlage konnte daher schon zu diesem Zeitpunkt auf die Erstellung der Wählerevidenz übergehen. Von den 2.400 Wahlsprengeln mit Eineinviertelmillionen erforderlichen Lochkarten konnten schon 250 Sprengel gelocht und geprüft werden. Der Abschluß dieser Arbeiten ist für März 1963 vorgesehen. In Vorbereitung sind die Abrechnung der Bezüge der aktiven Gemeindebediensteten und die Mitwirkung der Elektronenanlage bei der Verrechnung der Pflegegebühren, die zunächst probeweise im Allgemeinen Krankenhaus in die Wege geleitet wurde.

Disziplinarverfahren

Bedauerlicherweise sind auch im Berichtsjahr die Disziplinarkommissionen des Magistrates und der Stadtwerke wieder stark beschäftigt gewesen. Insgesamt mußten 352 Disziplinarverfahren durchgeführt werden, davon 299 beim Magistrat und 53 bei den Stadtwerken. Während beim Magistrat die Zahl der Verkehrsdelikte (156) das Übergewicht hatte, standen bei den Stadtwerken die Disziplinarverfahren wegen Trunkenheit an der Spitze. Es mußten 31 Bedienstete, davon 28 von den Verkehrsbetrieben wegen Trunkenheit disziplinar gestraft werden. Beim Magistrat gab es 18 Disziplinarvergehen wegen Trunkenheit.

Der Verfassungsgerichtshof und der Verwaltungsgerichtshof hatten sich im Berichtsjahr mit 25 Beschwerden von aktiven und ehemaligen Bediensteten der Stadt Wien zu befassen.

Sonder- und Karenzurlaube

Zur Teilnahme an internationalen sportlichen Wettkämpfen haben 10 Bedienstete Sonderurlaube mit Bezügen im Ausmaß von 55 Arbeitstagen erhalten. Für gewerkschaftliche Schulungszwecke wurden 508 Bedienstete beurlaubt. 78 städtische Ärzte, zumeist Abteilungsvorstände, haben für 587 Arbeitstage Sonderurlaube mit Bezügen bekommen, um an internationalen Kongressen und medizinischen Tagungen teilnehmen zu können.

Darüber hinaus haben 322 Bedienstete Karenzurlaube im Ausmaß von 44.000 Arbeitstagen erhalten. Es sind dies zumeist Mutterschaftsurlaube, aber auch 60 Ärzte haben Karenzurlaube in der Dauer von 8.300 Arbeitstagen in Anspruch genommen.

Fachliche Ausbildung und Fortbildung

1.545 Gemeindebedienstete haben in der Berichtszeit an 44 Kursen, deren Besuch obligatorisch ist, teilgenommen.

Im Herbst 1961 haben acht Vorbereitungskurse für die Fachprüfungen im Kanzlei- und Verwaltungsdienst mit 279 Teilnehmern begonnen. Zu Fachprüfungen im Anschluß an die erwähnten Fachkurse

sind 344 Bedienstete angetreten, von denen 300 die Prüfung bestanden haben. Von den jungen Maturanten, die sich um eine Anstellung bei der Gemeinde Wien beworben haben, sind 99 zur Vorprüfung angetreten, 82 haben diese Prüfung bestanden und konnten aufgenommen werden. Zur Prüfung über die mindesterforderlichen Kenntnisse im Kanzleidienst, also vor allem in Stenographie und Maschinschreiben, sind 139 Bewerber angetreten, 65 haben die Prüfung bestanden und wurden aufgenommen. Von 150 Handelsschülern und -schülerinnen, die zur Aufnahmeprüfung als jugendliche Stenotypisten angetreten sind, haben 98 bestanden und wurden aufgenommen.

Diese Zahlen zeigen, daß die Gemeindeverwaltung trotz dem Mangel an Kanzleinachwuchs immer noch eine strenge Auslese trifft und nur die besten Bewerber in ihren Dienst stellt.

Die neu aufgenommenen jungen Mitarbeiter werden nicht nur in ihren neuen Wirkungskreis eingeführt, sondern darüber hinaus mit den Aufgaben und der Leistung der Gemeindeverwaltung bekannt gemacht. Bei einer Autobusrundfahrt durch das neue Wien wurden 307 junge Mitarbeiter erfaßt. Bei zwei Filmvorträgen, bei denen "Probleme unserer Stadt" gezeigt und erläutert wurden, waren 326 jugendliche Mitarbeiter anwesend. An dem bereits zur Tradition gewordenen Schiffsausflug, der heuer ganztägig durchgeführt wurde, haben 600 junge Mitarbeiter, zum Teil Schülerinnen der Krankenpflegeschulen, der Fürsorgerinnenschule und der Kindergärtnerinnenbildungsanstalt teilgenommen.

In dankenswerter Weise hat im Berichtsjahr auch die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten wieder Kurse für die Fortbildung des Kanzleinachwuchses veranstaltet. 766 Teilnehmer haben an 18 Stenographiekursen und an 11 Kursen für Maschinschreiben und an drei Kursen für Rechtschreiben teilgenommen. Der Österreichische Stenographenverband hat wieder Wettbewerbe in Stenographie- und Maschinschreiben veranstaltet und Preise der Stadt Wien und der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten vergeben.

Die Verwaltungsakademie der Stadt Wien hat im abgelaufenen Schuljahr 14 Kurse veranstaltet, an denen 624 Gemeindebedienstete teilnahmen.

Schulung des Vorgesetzten

Größte Aufmerksamkeit wird nach wie vor der systematischen Schulung aller jener Beamten des Magistrates und der Stadtwerke zugewendet, die seit kurzer Zeit auf Vorgesetztenpositionen tätig sind oder von denen anzunehmen ist, daß sie früher oder später solche Posten einnehmen werden. Für diesen Nachwuchs an Vorgesetzten werden Seminare von 3-bis 5-tägiger Dauer veranstaltet. Die älteren Beamten in leitender Funktion werden mehrmals des Jahres zu Einzelvorträgen prominenter Fachleute zusammengerufen, die sich durch rege Anteilnahme und eingehende Diskussionen auszeichnen.

Abschließend stellte Stadtrat Riemer fest, daß das Jahr 1961 auf dem Personalsektor viel Arbeit und viele Verhandlungen mit der Gewerkschaft brachte. Der Stadtrat schloß mit einem Dank an alle Beamten und Arbeiter der Gemeinde Wien und der Unternehmungen die wieder auf allen Gebieten der Verwaltung im Dienst der Wiener Bevölkerung ihre Pflicht vorbildlich erfüllt haben.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Das Wiener Jugendamt lädt 300 kleine Gäste ein
=====

Das Christkindl unterwegs in städtische Kindererholungsheime

12. Dezember (RK) Stadtrat Maria Jacobi hat auch heuer eine umfangreiche Christkindlpost zu erledigen gehabt. Es ging um die Erfüllung der Weihnachtswünsche von Wiener Heimkindern die zu Weihnachten von niemanden abgeholt werden und daher in den Anstalten einsam zurückbleiben müßten. Das Jugendamt wird sie über die Weihnachtsferien in drei ihrer schönsten Erholungsheime in Tribuswinkel, in Scheibbs und in Ischl unterbringen. Mit ihnen werden auch etwa 100 Wiener Kinder, die von ihren Eltern nicht einmal das bescheidenste Weihnachtsgeschenk erwarten können, als Gäste des Jugendamtes eingeladen.

So wie alle Jahre durften diese Kinder dem Jugendamt ihre Weihnachtswünsche schriftlich bekanntgeben. Heute früh waren die ersehnten Geschenke, die die Kinder am Weihnachtsabend unter dem Christbaum finden werden, schön sortiert im Jugendamt zu sehen. Stadtrat Maria Jacobi gab ihrer Freude darüber Ausdruck, daß es auch diesmal gelungen ist, jeden Wunsch nach Möglichkeit zu erfüllen. Das Jugendamt stellte für den Ankauf einen ansehnlichen Betrag zur Verfügung und die Fürsorgerinnen opferten zusätzlich viele Stunden liebevoller Arbeit, damit die Überraschung unter dem Weihnachtsbaum klappt. Die großen Kisten mit Büchern, Spielwaren, Sportausrüstungen und vielen praktischen Gegenständen befinden sich bereits unterwegs in die drei Erholungsheime.

- - -

Freie Ärztestelle
=====

12. Dezember (RK) In der Krankenanstalt Rudolfstiftung der Stadt Wien wird die Stelle eines ärztlichen Anstaltsleiters (Direktors) besetzt. Gesuche sind bis spätestens 15. Jänner 1962 an die Magistratsabteilung 17, Anstaltenamt, 1, Gonzagagasse 23, zu richten.

- - -

Eine neue kleine Stadt entsteht im 23. Bezirk
=====

12. Dezember (RK) Stadtrat Heller legte heute dem Wiener Stadtsenat die Pläne und den Kostenvoranschlag für eine neue städtische Wohnhausanlage in Wien 23, Altmannsdorfer Straße-Anton Baumgartner-Straße vor, die auf 75 Stiegehäusern 1.175 Wohnungen, vier Magazine und eine Dienststelle der Post- und Telegraphendirektion enthalten wird. Dazu kommt eine Ladenzeile mit sechs Geschäftslokalen, eine Trafostation, ein Gebäude für öffentliche Einrichtungen und zwei ebenerdige Heizhäuser zur zentralen Beheizung der gesamten Anlage. Über die dazugehörige Baubewilligung referierte Stadtrat Lakowitsch.

Zwei der Stiegehäuser werden zwei Geschosse, 60 vier Geschosse und 13 neun Geschosse hoch sein. Die beiden zweigeschossigen Häuser enthalten Wohnungen für alte Leute und stehen getrennt von den übrigen Gebäuden. Die viergeschossigen Wohnhäuser sind zu je 18 Baublöcken, die neugeschossigen Wohnhäuser zu drei freistehenden Baublöcken zusammengefaßt.

Die neue große städtische Wohnhausanlage - eine neue kleine Stadt für sich - wird eine sehr moderne Struktur- und Fassadengestaltung haben. Die Pläne wurden von einer Gemeinschaft von zwölf Architekten ausgearbeitet.

Die Gesamtbaukosten werden mit 202 Millionen Schilling angenommen. Die Durchschnittskosten einer Wohnung mit einer mittleren Wohn- und Nutzfläche von 60 Quadratmeter betragen 164.400 Schilling.

Heuer soll noch mit einem der Hochhäuser, das 139 Wohnungen enthalten wird, und der Ladenzeile begonnen werden.

- - -

Personalmeldungen
=====

12. Dezember (RK) Auf Antrag des städtischen Personalreferenten Stadtrat Riemer hat heute der Wiener Stadtsenat die Stadtbauräte Dipl.-Ing. Friedrich Firneisz (Magistratsabteilung 35) und Dipl.-Ing. Otto Kretsek (Magistratsabteilung 33) zu Oberstadtbauräten befördert.

Dem Oberamtsrat Maximilian Strohmeier (E-Werke) wurde anlässlich seiner Versetzung in den Ruhestand Dank und volle Anerkennung ausgesprochen.

- - -

Förderung von Unterrichts- und Forschungsfilmen
=====

12. Dezember (RK) Auf Antrag von Vizebürgermeister Mandl bewilligte heute die Wiener Landesregierung 15.000 Schilling für die Herstellung von Unterrichts- und Forschungsfilmen durch den Leiter der Biologischen Station auf dem Wilhelminenberg, Otto König.

- - -

Familien- und Eheberatung
=====

12. Dezember (RK) In der Ehe- und Familienberatungsstelle der Magistratsabteilung 12, 1, Gonzagagasse 23, entfallen die Beratungsstunden vom Freitag, 22. Dezember, bis einschließlich 1. Jänner. Die letzte Beratung in diesem Jahr ist am Dienstag, dem 19. Dezember, die erste Beratung im kommenden Jahr am Dienstag, dem 2. Jänner.

- - -

Stadtrat Schwaiger eröffnete "Gasausstellung"
=====

12. Dezember (RK) Heute vormittag eröffnete der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Schwaiger die von den Wiener Gaswerken in Zusammenarbeit mit dem Technischen Museum veranstaltete Ausstellung "Entwicklung der österreichischen Gasversorgung seit 125 Jahren".

Nach der Begrüßung durch den Direktor des Technischen Museums Dr. Nagler erläuterte Gaswerkdirektor Dipl.-Ing. Staufer die Ausstellung, die sich in einen historischen und einen aktuellen Teil gliedert. Sie zeigt ein anschauliches Bild vom Fortschritt in der Gasversorgung, besonders während der letzten Jahre.

Stadtrat Schwaiger führte in seiner Eröffnungsansprache aus, es freue ihn besonders, in dieser Woche die Ausstellung eröffnen zu können, in der das Gaswerk Leopoldau seinen 50. Geburtstag feiert. Die Ausstellung demonstriert die große Bedeutung des Stadtgases für die Energieversorgung und die vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten im Haushalt, im Gewerbe und in der Industrie. Gerade die Wiener Techniker haben in den letzten Jahren in hervorragendem Maße zur Verbesserung auf dem Gebiet der Gaserzeugung beigetragen. Sie haben auf diesem Gebiet vielfach Pionierarbeit geleistet.

Im Anschluß an die Eröffnung unternahmen die Ehrengäste einen Rundgang durch die Ausstellung.

Die Ausstellung ist allen Besuchern des Technischen Museums zugänglich.

- - -

Entfallende Sprechstunden
=====

Donnerstag, den 14., und Donnerstag, den 21. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Anton Schwaiger.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Debatte über das Personal

GR. Maller (KLS) beschäftigt sich mit dem Personalmangel und meint, man könne sich nicht auf den Standpunkt stellen: wir bekommen kein Personal, da kann man eben nichts machen. Man müsse vielmehr die Ursachen untersuchen und dann Abhilfe schaffen.

Nach Ansicht des Redners sind es vor allem drei Punkte, die am Personalmangel Schuld tragen: die untermalorisierten Bezüge, die Arbeitszeit und das herrschende Betriebsklima. Der Lebenshaltungskostenindex ist heute auf das mehr als Achtfache gestiegen, während den Gemeindebediensteten noch immer mehr als 20 Prozent auf ihre Gehälter fehlen. Auch die Anfangsgehälter sind noch immer viel zu niedrig: man kann damit keine Familie gründen oder gar erhalten. Eine Lösung des Gehaltsproblem es würde zweifellos einen wichtigen Anreiz bieten, um in den Gemeindedienst zu treten.

Was die Arbeitszeit anlangt, so haben viele Betriebe wie zum Beispiel die Verkehrsbetriebe, die Spitäler und so weiter noch immer keine echte 45-Stunden-Woche. Eine besondere Härte stellt die Dienstregelung für das Personal der Verkehrsbetriebe am Weihnachtsabend dar. Der Redner verlangt, daß man auch den Straßenbahnern die Möglichkeit geben solle, den Weihnachtsabend im Kreise der Familie unter dem Lichterbaum verbringen zu können und stellt einen diesbezüglichen Antrag. (GR. Lanc (SPÖ): Bravo, Väterchen Frost!)

Zum Betriebsklima bemerkte GR. Maller, daß heute zwei oder drei Bedienstete jene Arbeit bewältigen müssen, die früher von vier oder fünf Bediensteten verrichtet wurde. Es gibt keine Urlaubsreserven, keine Reserve bei Krankheiten, und so bleibt die Arbeit liegen.

Der Redner führt dann einige Einzelfälle an, in denen sich seiner Ansicht nach der Dienstgeber "schäbig" benommen habe. Im allgemeinen bemerkte er, es werde um vieles mehr in der Leistung und in der Qualifikation verlangt, eine höhere Bewertung wurde jedoch nicht durchgeführt. Dies sei aber notwendig, und er stelle deswegen einen Antrag.

Überhaupt hätten sich bei den verschiedenen Dienstrechtsnovellierungen Verschlechterungen eingeschlichen.

GR. Maller stellt einen weiteren Antrag auf Erhöhung der Bemessungsgrundlage für die Pension auf 90 Prozent.

Es gäbe keinen Personalmangel, so versichert er, wenn das Dienst- und Besoldungsrecht so vorbildlich wäre, wie in der Ersten Republik. Aber heute haben schon Kärnten und Niederösterreich vielfach ein besseres Dienstrecht als Wien.

Es gibt ferner noch eine Reihe von offenen Fragen, die der Gemeinde Wien keine Ehre machen, wie die Gleichstellung der Schaffnerinnen mit ihren männlichen Kollegen, Zusatzurlaub für Kriegsversehrte, eine Bestimmung, daß Krankheit den Urlaub unterbricht, Haushaltszulage für alle Bedienstete, bessere Entlohnung der Krankenpflegerinnen, der Fürsorgerinnen, der Facharbeiter, der Straßenarbeiter, Gewährung eines Wirtschaftstages und bessere Witwen- und Versorgungsgenüsse. Ein weiterer Antrag des Debattenredners verlangt Einsicht in die Dienstbeschreibung.

GR. Maller begrüßt im Namen seiner Fraktion die Erklärung des Personalreferenten, wonach auch die Kindergärtnerinnen bald mit ihrer Pragmatisierung zu rechnen haben. Er wendet sich dann gegen die angebliche Diskriminierung von Gemeindebediensteten, die nicht der Partei des Personalreferenten angehören und stellt mit Bedauern fest, daß Bedienstete gemäßregelt werden, wenn sie gegen die Willkür der Personalpolitik auftreten. Er verweist dann auf einige Härten, über die von Empfängerinnen von Witwenpensionen Klagengeführt werden. Selbst Anträge der Gewerkschaft an den Stadtrat für Personalangelegenheiten, die eine Abhilfe bringen sollen, werden nicht erledigt. Prozesse, die dann gegen die Gemeinde Wien angestrebt werden, gehen meistens zu Ungunsten der Stadtverwaltung aus und kosten wieder Steuergelder. Abschließend erklärt der Redner, der Personalreferent müsse zur Kenntnis nehmen, daß die Gemeindebediensteten eine grundlegende Änderung der Personalpolitik brauchen. Seine Fraktion werde daher den Ansätzen der Geschäftsgruppe I nicht zustimmen.

GR. Dr. Broesigke (FPÖ) stellt als nächster Redner an die Spitze seiner Ausführungen die Feststellung, daß der Aufwand für das Personal der Stadtverwaltung wiederum um elf Prozent gestiegen ist. Er bezeichnet es als eine erschreckende Belastung

des Steuerzahlers, wenn gegenwärtig pro Kopf der Bevölkerung 1.180 Schilling für die Begleichung des Personalaufwandes eingesetzt werden müssen. Bei dieser keineswegs niederen Personal-tangente, sagte er, haben wir es mit einer Entwicklung zu tun, die wir mit Besorgnis verfolgen müssen, auch schon deswegen, weil sie bereits die kommende Generation belasten wird. Seiner Ansicht nach müsse daher der Frage der Zahl der Gemeindebediensteten viel mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden. Es wurde zwar über Rationalisierungsmaßnahmen berichtet, die sehr erfreulich zu bezeichnen sind, zugleich aber wurde mitgeteilt, daß die Zahl des städtischen Personals dennoch steigt. Nach den Ausführungen des Finanzreferenten, sagte er, wurden von den Abteilungen 1.500 Bedienstete angefordert. Nach Mitteilung des Personalreferenten waren es jedoch nur 950. Er ersucht daher den Personalreferenten um Aufklärung, welche Zahl richtig ist.

Zur Frage, wie die Gemeinde Wien das fehlende Personal bekommen könnte, stellt er fest, daß dabei die Qualität und nicht die Quantität als entscheidend angesehen werden muß. In Wien und in Österreich ist zu beobachten, erklärt er, daß die besten Nachwuchskräfte abwandern, was im Lande bleibt, geht überwiegend in die Privatindustrie, dann in den Bundesdienst und der Rest zur Gemeinde. Wenn man diesen Sachverhalt nicht zur Kenntnis nehmen will, meint er, wird man keine Änderung herbeiführen können. Der Redner will dabei nicht behaupten, daß die Gemeinde Wien an diesem Zustand schuld ist, sie müsse sich aber im klaren sein, was man dagegen tun könnte. Auch die Zahl der Dienstesentsagungen, vor allem aus den Reihen der pragmatisierten Bediensteten, bezeichnet er als sehr beträchtlich. Es gäbe verschiedene Möglichkeiten, wie die Verhältnisse im Personalwesen günstiger gestaltet werden könnten; eine davon, die er als sehr dringend bezeichnet, wäre die Entpolitisierung der Personalverwaltung. Die Besetzung von leitenden Posten, sagt er, bestätigt nur, daß es eine solche Verpolitisierung gibt. Seiner Meinung nach werden sich junge Menschen eher für eine Beschäftigung entschließen, die ihnen eine politische Ungebundenheit bietet. Die Gemeinde Wien muß wissen, daß sie sich auf dem Gebiet des Personalwesens in einem Konkurrenzkampf befindet. Die Dienstordnung bezeichnet er als zu kompliziert und zu formalistisch. Sie müßte mehr dem Zug unserer Zeit angepaßt werden.

Eine weitere grundlegende Reform wäre die Abschaffung der Ansicht, daß die Stadt Wien in eigener Sache Richter sein könne. GR. Dr. Broesigke streift dann noch eine Reihe von Detailfragen und setzt sich abschließend für die Schaffung von Halbtagsbeschäftigungsmöglichkeiten für weibliche Bedienstete, für die Überprüfung von Klagen, wonach Bedienstete zu Dienstleistungen verwendet werden, die nicht ihrer Dienststufeneinreihung entsprechen, sowie der Beschwerden, daß von den Beamten der Bundeshauptstadt Wien die Leistung von unbezahlten Überstunden verlangt wird. Zusammenfassend erklärt der Redner, er glaube, daß in der Zeit der Vollbeschäftigung zahlreiche positive Maßnahmen ergriffen werden müßten, um den Dienst bei der Gemeinde Wien anziehungskräftiger zu machen. Er erklärt zum Schluß, daß die FPÖ-Fraktion die Ansätze der Geschäftsgruppe I ablehnen wird.

GR. Wohlmuth (ÖVP): Den Mittelpunkt des Personalsektors bilde der Mensch und es sei wichtig, daß dieser Mensch zur klaglosen Führung der Verwaltung immer an der richtigen Stelle eingesetzt werde. Zu dieser klaglosen Führung der Verwaltung würde vielleicht auch eine Dezentralisierung auf manchen Gebieten beitragen. Manche Agenden könnten den Magistratischen Bezirksämtern übertragen und dadurch der Weg zur Behörde für die Bevölkerung gekürzt werden. Der Redner schlägt auch vor, in den Bezirksämtern eine Beratungsstelle einzurichten, die dem einzelnen sagt, an welche Stelle er sich mit seinen Fragen und Wünschen wenden kann. Als besonders wichtig bezeichnet der Redner die Hebung der Arbeitsfreudigkeit unter den städtischen Bediensteten. Das kann nur durch eine gute Dienst- und Besoldungsordnung, die gerecht nach Wissen und Können ausgelegt wird, durch die Bereitstellung guter Arbeits- und Eräume, und die Schaffung von günstigen Aufstiegsmöglichkeiten erreicht werden. Der Personalmangel wird nicht allein durch Neuaufnahmen behoben werden können, sondern durch gewisse technische Neuerungen und Rationalisierungen.

Der Redner ersucht den Referenten um Mitteilung, welche Rationalisierungsmaßnahmen bereits durchgeführt worden sind. Die Erhöhung der Zulagen sei erfreulich, doch müßte man diese Zulagen auch in die Pensionsbemessungsgrundlage einrechnen. Der Zulagenkatalog könnte vielleicht etwas vereinfacht werden. Eine Verbesserung müßte auch bei den Witwen- und Waisenpensionen erreicht werden, da diese zu gering bemessen sind. Der Redner fordert auch, die Gewährung der Hilflosenzuschüsse in der Dienstordnung zu verankern.

Gegen die bargeldlose Gehaltsauszahlung an sich sei nichts einzuwenden, doch müßte auch hier der Grundsatz gelten: gleiches Recht für alle. Es sei nicht einzusehen, daß die Pensionisten, die ihr Konto bei der Zentralsparkasse haben, keine Lebensbestätigung vorweisen müssen, jene aber, die ihr Konto bei einem anderen Geldinstitut haben, eine derartige Bestätigung vorlegen müssen.

Zu begrüßen sei es, daß auch beim Pflegepersonal und bei den Ärzten eine gewisse Verbesserung eingetreten ist. Bei den Schwestern müßte jedoch die Möglichkeit geschaffen werden, die vier Tage Gefahrenurlaub auch dann zu gewähren, wenn die Schwester bereits das Höchstausmaß des Urlaubes erreicht hat. Es müßte ferner alles darangesetzt werden, endlich einmal zu einem Dienstrecht der Kindergärtnerinnen zu kommen. Der Redner fordert, den Bediensteten die Möglichkeit zur Einsichtnahme in ihre Dienstbeschreibungen zu geben.

Bei den Ausflugsfahrten, die mit den jungen Gemeindebediensteten unternommen werden, sollten auch die Mitglieder des Gemeinderatsausschusses I eingeladen werden. Sie bekämen dadurch einen besseren Einblick in die Wünsche und Ansichten unserer jüngsten Bediensteten. Eine große Frage, die gelöst werden muß, sei die Einführung von Halbtagsbeschäftigungen für Frauen. Eine derartige Möglichkeit würde der Verwaltung sicherlich neue Arbeitskräfte zuführen, sich aber für die Frauen familienpolitisch günstig auswirken.

Abschließend stellt GR. Wohlmuth fest, daß die Personalverwaltung die Aufgabe hat, für einen guten Nachwuchs bei den Bediensteten zu sorgen, damit die Verwaltung aufrechterhalten und

gut geführt werden kann. Allen Bediensteten und Angestellten dankt er im Namen seiner Fraktion für ihre wertvolle Mitarbeit während dieses Jahres. (Beifall.)

GR. Dr. Freytag (ÖVP) stellt fest, daß der Stolz des Referenten auf die gesunde Personalpolitik vielleicht nicht ganz gerechtfertigt sei. Die Bediensteten dürften, wie die absinkende Personaltangente zeigt, mit dieser Personalpolitik nicht immer zufrieden sein. Kritisiert ~~müsse~~ auch werden, daß viele der im Laufe des Jahres eingebrachten Anträge bis jetzt unerledigt geblieben sind oder abgelehnt wurden. So ist auch die Frage des Akademikerurlaubes noch immer ungelöst. Arbeitsmediziner haben errechnet, daß die gewährten Urlaube überhaupt zu kurz sind. Sie müßten sich zwischen 28 und 36 Tagen erstrecken.

Der Redner kommt sodann auf die Gewährung von Vorschüssen zu sprechen und verlangt, daß diese ebenso wie beim Bund zinsenlos gewährt werden.

Zum Dienstpostenplan: es gibt immer wieder Klagen, daß der Bedarf bei der Baupolizei nicht gedeckt werden kann. Man sollte hier die Wertung der Posten erhöhen, um einen größeren Anreiz zu schaffen. Es kommt auch vor, daß Bedienstete, wenn sie einen Leiterposten bekommen, mehrere Dienstklassen überspringen. Der Redner bezeichnet dies als nicht richtig und bemerkt, daß jedoch interessanterweise unter diesen Leuten kein einziger ist, der der ÖVP nahe steht.

Der Redner kritisiert dann die Härte, die in manchen Fällen gegenüber Witwen an den Tag gelegt wurde. Auch von der Aufnahmepraxis könne man nicht sagen, daß sie vollkommen in Ordnung ist.

Das Problem der Halbtagsbeschäftigung der Frauen ist familienpolitisch so wichtig, daß es wert wäre, sich eingehend mit dieser Frage zu befassen.

Vizebürgermeister Slavik hat gesagt, er verhandle lieber mit Klerikern als mit Klerikalen. Er möchte trotzdem ein Problem aufrollen, daß wirklich einer raschen Lösung bedarf, nämlich die Entlohnung der geistlichen Ordensschwestern in den Spitälern. Bei einer Wochendienstzeit bis zu 60 Stunden erhalten die geistlichen Schwestern nur 1.124 Schilling, die weltlichen aber ./.
. / .

1.500 Schilling. Wenn der Orden nicht mindestens 50 Prozent diplomierte Schwestern hat, dann sinkt die Bezahlung sogar auf 806 Schilling. Auch die Zulagen für geistliche Schwestern sind viel geringer als für die weltlichen. Dazu kommt noch, daß die Gehälter der geistlichen Schwestern nicht steigen und daß auch kein Pensionsanspruch besteht. Dr. Freytag stellt daher den Antrag, Verhandlungen einzuleiten, damit eine Gleichstellung der Bezüge ermöglicht wird.

Wenn dem entgegengehalten wird, die geistlichen Schwestern brauchen kein Geld, möchte er mit allem Respekt sagen, das gehe die Gemeinde Wien gar nichts an. Man gibt ja auch dem Sohn eines reichen Vaters nicht weniger Gehalt. Der Redner appelliert daher an das soziale Gewissen, an die Menschlichkeit und an die Gerechtigkeit, damit dieses Unrecht beseitigt wird. (Beifall bei der ÖVP).

GR. Schiller (SPÖ) führt aus, seitdem er in der Gewerkschaft tätig sei, habe er noch nie erlebt, daß bei Gehaltforderungen an den Bund jemals Vorsorge getroffen gewesen wäre. Auch bei den letzten Forderungen, die rechtzeitig angemeldet wurden, war dies so. Man sagte, es sei kein Geld vorhanden, und der Schilling sei in Gefahr. Aber diesen "Wau Wau" glaubt heute niemand mehr. Die Gewerkschaft hat ihre Forderungen bei der Gemeinde Wien angemeldet und einen Abschluß getätigt ohne daß der Schilling gefährdet wurde.

Die Erfüllung unserer Forderungen war bei der Gemeinde möglich, weil man entsprechende Rücklagen hatte. Und das unterscheidet die Gehaltspolitik der Gemeinde Wien grundsätzlich von der des Bundes. Entscheidend war bei dieser Regelung auch, daß sich die Erhöhung automatisch auf die Pensionisten auswirkt.

Der Redner beschäftigt sich dann mit dem Personalmangel. Es wurde heute gesagt, daß man diese Frage durch bessere Bezahlung, günstigere Arbeitszeit und Verbesserung des Betriebsklimas lösen könnte. Er glaube, daß alle diese Argumente das Problem nur ganz am Rande berühren. Die Tatsache, daß wir in Österreich dank des sozialistischen Einflusses auf die Wirtschaftspolitik imstande sind, eine Vollbeschäftigung aufrecht zu erhalten, in dieser Tatsache ist der Mangel an Arbeitskräften in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst begründet.

Wir haben nach dem Krieg auf dem schwarzen Markt ungeheure Preise für Lebensmittel bezahlt. Wollen wir auf dem Personalsektor ähnliche Wege beschreiten?

GR. Schiller versicherte, daß man nach wie vor ernsthaft bemüht sei, die Frage der ~~Fünf-Tage-Woche~~ auch für die Verkehrsbediensteten und das Krankenpflegepersonal zu lösen. Fast alle in der Debatte aufgewiesenen Probleme, sagt er, stehen im Verhandlungsprogramm der Gewerkschaft. Die vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben bereits eine Enquete einberufen, bei der alle grundlegenden Fragen erörtert werden. Zu den wichtigsten gehören: die Neufassung des Pensionsrechtes, die Entwicklung des Dienst- und Gehaltsrechtes (einschließlich der Einbeziehung der Zulagen in die Pension), das Personalvertretungsgesetz und die Reform des Disziplinarrechtes. Auch die Frage des Urlaubsausmaßes unter anderem auch für jene Gruppen, die unter besonders ungünstigen Bedingungen zu arbeiten haben, wird zur Diskussion stehen.

Wenn GR. Maller, sagte GR. Schiller, dargestellt hat, wie schlecht die Bezahlung der Gemeindebediensteten ist, und GR. Dr. Broesigke wieder die den um 11 Prozent gestiegenen Personalaufwand als erschreckend bezeichnete, dann erhebe sich die Frage, wo hier etwa die Mitte gefunden werden könnte. Was dem einen zu wenig ist, ist dem andern wieder zu viel. GR. Schiller meint, es hätte zu einer Erhöhung dieser Ansätze nicht kommen müssen, wäre es möglich gewesen, die Preissteigerungen der letzten Zeit zu verhindern. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten hat rechtzeitig auf die Tendenzen im Preisauftrieb aufmerksam gemacht und an die Bundesregierung ein Forderungsprogramm gerichtet, daß allerdings erst nach einem halben Jahr Beachtung gefunden hat. Wir wissen, sagte der Redner, daß manche Preise von den Weltmarktpreisen abhängig sind. Wir wissen aber auch, daß wenn Weltmarktpreise nach oben gehen, dies in Österreich sofort registriert wird. Preissenkungen werden dagegen bei uns niemals wirksam. Als Beispiel führt er die Preise für Schokolade an, die nicht herabgesetzt wurden, obwohl die Weltmarktpreise für Kakao um ein Sechstel gesunken sind. Wir sind gegen überspannte Handelsspannen und andere unliebsame Erscheinungen, sagte er, die nach Abhilfe rufen und die abgeschafft werden könnten, wäre dazu der richtige Wille vorhanden.

Abschließend erläutert GR. Schiller das Programm des in der Gewerkschaft für Gemeindebedienstete' geschaffenen Sozialwerkes, dem von der Stadtverwaltung für die Durchführung seiner Aufgaben 1.5 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden sollen. Der Redner bittet den Gemeinderat, dem Antrag zuzustimmen. Die SPÖ-Fraktion werde den Ansätzen der Geschäftsgruppe für Personalangelegenheiten gerne die Zustimmung geben, weil sie überzeugt ist, daß damit für die Gemeindebediensteten das Bestmögliche getan wird! (Beifall bei der SPÖ).

Stadtrat Riemer stellt in seinem Schlußwort fest, daß einige Redner auch diesmal wieder die gleichen Argumente vorgebracht haben, die von ihnen schon bei den letzten Budgetberatungen im Wiener Gemeinderat zu hören waren. Sie wurden vom Personalreferenten schon seinerzeit ausführlich beantwortet, und er könne sich daher eine Wiederholung ersparen. Auch der Standpunkt der Gemeinde Wien zur Frage des Personalmangels wurde in den letzten Debatten des Gemeinderates schon mehrmals dargelegt. GR. Schiller, so erklärte der Referent, hat in seinem Debattebeitrag die wirklichen Ursachen des Personalmangels aufgezeigt. Das Postenangebot ist heutzutage sehr reichhaltig und die Privatwirtschaft versucht mit allen Mitteln und mit Methoden, wie sie auf dem "Schwarzen Markt" üblich sind, Arbeitskräfte zu bekommen. Das sind die wirklichen Probleme und eine Erhöhung der Gehälter könnte hier auch nicht als Allheilmittel bezeichnet werden.

Der Redner geht dann im einzelnen auf die Ausführungen des GR. Maller ein, die er an Hand von Beispielen widerlegt. So stellt er fest, daß es nicht richtig sei, daß es keine Urlaubs- und Krankenreserve gäbe. Gerade auf diesem Gebiet hat man für bedeutende Verbesserungen gesorgt. GR. Maller habe auch Vergleiche mit den Dienstrechten anderer Länder angestellt, jedoch dabei nicht gesagt, wie das Dienstrecht in jenen Ländern aussieht, die von seinen Parteifreunden verwaltet werden. Er sprach auch davon, daß einzelne Bedienstete schlecht behandelt, ja sogar gemäßigelt wurden, weil sie nicht der SPÖ angehören. Derartige Vorwürfe müßten entschieden zurückgewiesen werden. Wenn jedoch ein Bediensteter, der seine Pflicht nicht erfüllt, auf einen anderen Posten versetzt wird und vielleicht sogar in ein Disziplinarverfahren

kommt, oder man ihn bei groben Vergehen entläßt, so ist dies eine Maßnahme, die auf der ganzen Welt so gehandhabt wird. Die Ansicht, die menschlichen Beziehungen im Gemeindedienst und das Betriebsklima wären schlecht, entspricht gleichfalls nicht den Tatsachen. Gerade in den letzten Jahren wurde viel zur Schaffung eines guten Betriebsklimas getan.

Die Ansicht des GR.Dr. Broesigke, daß wir scheinbar zu viel Personal haben und zu wenig im Sinne einer gründlichen Verwaltungs- und Betriebsreform getan haben, müßte zurückgewiesen werden. Die Zahl der städtischen Bediensteten ist nicht gestiegen, sondern wie im Referat bereits ausgeführt wurde, beim Magistrat und bei den Stadtwerken gesunken.

GR.Dr. Broesigke erhob auch die Forderung nach Entpolitisierung der Verwaltung. Stadtrat Riemer stellt fest, er könne sich nicht vorstellen, was der Gemeinderat darunter verstehe, da bei der Gemeinde Wien zum Unterschied von Niederösterreich und einigen Bundesministerien keine politische Personalpolitik betrieben werde. Für die Beförderung und die Aufstiegsmöglichkeit eines Beamten sei allein seine Fähigkeit ausschlaggebend. Auch die Besetzung von Leiterposten wird nach diesen Gesichtspunkten vorgenommen.

GR. Broesigke hat das Dienstrecht kritisiert und gemeint, ob es in seiner Form heute überhaupt noch Berechtigung habe. Dazu ist zu sagen, daß das heutige Dienstrecht eine Errungenschaft ist, die die Gewerkschaft sich erkämpft hat und von der sie nicht ohne weiteres Abstand nimmt. GR.Dr. Broesigke meinte auch, daß viele Vordienstzeitanrechnungen noch unerledigt seien. Dazu ist zu sagen, daß bisher beim Magistrat 22.500 Vordienstzeitanrechnungsgesuche positiv erledigt wurden. Noch offen sind lediglich jene Gesuche nach Neuaufnahmen und bei Umreihung von Vertragsbediensteten in das pragmatische Dienstverhältnis. Bei den Stadtwerken wurden bisher 14.160 solcher Ansuchen positiv erledigt, unerledigt sind vorläufig nur 390, für die noch verschiedene Unterlagen beigebracht werden müssen. Außerdem liegen noch 4000 Ansuchen auf Anrechnung für den Ruhegenuß vor. Hier muß jedoch noch mit der Sozialversicherung verhandelt werden.

Einige Redner haben auch das Personalvertretungsgesetz urgiert. Ein solches Gesetz wird vom Wiener Landtag nicht isoliert beschlossen, weil es ein Grundsatzgesetz der Bundesgesetzgebung braucht, das aber noch nicht da ist.

Über die Frage der Schaffung von Halbtagsarbeitsplätzen wurde bereits diskutiert. Viele Fachleute waren jedoch der Meinung, daß durch die Schaffung von Halbtagsarbeitsplätzen nicht neue Bedienstete gewonnen werden, sondern vielfach noch derzeit ganztägig beschäftigte Frauen auf die Halbtagsbeschäftigung übergehen würden.

Die Redner der ÖVP haben Fragen aufgeworfen, die schon wiederholt behandelt wurden. Neu war jedoch die Forderung nach Dezentralisierung der Verwaltung. Es wäre jedoch nicht zweckmäßig, eine gute Verwaltung, die gerade in letzter Zeit von vielen ausländischen Studienkommissionen als vorbildlich und nachahmenswert bezeichnet wurde, zu dezentralisieren. Eine derartige Maßnahme wäre unzweckmäßig und würde den Interessen der Bevölkerung nicht entsprechen. Die Errichtung von Beratungsstellen in den Magistratischen Bezirksämtern erscheine überflüssig, da jede Partei in jeder Abteilung an die sie sich wendet, Auskunft erhalten kann, wer für ihr Anliegen zuständig ist. Das Verlangen nach Ausweitung des Stellenplanes ist illusorisch, da der Stellenplan Möglichkeit genug gebe, Änderungen vorzunehmen. Zur Frage der bargeldlosen Lohnauszahlung und nach der Meinung des GR. Dr. Wohlmuth bevorzugten Behandlung der Zentralsparkasse ist zu sagen, daß die Zentralsparkasse das Risiko und die Haftung dafür übernimmt, falls einmal ein Gehalt für einen bereits Verstorbenen ausgezahlt würde.

GR. Dr. Freytag habe sich beschwert, daß die von seiner Fraktion im Gemeinderat gestellten Anträge nicht oder oft ablehnend behandelt wurden. Dazu ist zu sagen, daß alle Anträge dem zuständigen Ausschuß zugewiesen wurden und dieser dann über ihre Berechtigung entschieden hat. Zur Frage des Akademikerurlaubes ist zu sagen, daß die Akademiker im Jahre 1945 zugunsten der anderen Bediensteten auf eine bevorzugte Urlaubsregelung verzichtet haben. Dadurch konnte das Urlaubsrecht vereinheitlicht werden. Was die zusätzlichen Urlaube anlangt ist

zu sagen, daß hier eine Ausweitung unmöglich ist, da besonders auf dem Pflegesektor jetzt schon die Schwierigkeit besteht, für Urlaubsvertretungen vorzusorgen. Das ganze Urlaubsproblem ist aber durch die Fünf Tage-Woche und die verkürzte Arbeitszeit heute anders als einmal.

Die Vorschüsse werden deswegen verzinst, weil wir verhindern wollen, daß sich die Gemeindebediensteten einen unverzinslichen Vorschuß nehmen und ihn aus Gefälligkeit an Verwandte oder Freunde weitergeben.

Die Änderung der Postenwertung geschieht laufend während des Jahres. Was wir aber nicht tun können, das ist eine Postenwertung nach der Konjunkturlage vorzunehmen.

Der ÖVP-Redner hat auch von einem Härtefall bei einer Witwe gesprochen; hier bestehen leider keine rechtlichen Grundlagen, den Wünschen zu entsprechen.

Die Aufnahmepraxis ist ein altes Steckenpferd von Dr. Freytag. Aber in einer Zeit der Vollbeschäftigung können wir beim "besten Willen" keine Protektion üben.

Die Entlohnung der Krankenschwestern fußt auf der Entlohnungspraxis, die wir mit den Anstalten und ihren geistlichen Bediensteten vom Krankenanstaltenfonds des Bundes übernommen haben. Es wurden aber mehrmals Verhandlungen durchgeführt und Vereinbarungen getroffen, die vorsehen, daß der Durchschnittslohnsatz der Verwendungsgruppe C gezahlt wird.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze der Geschäftsgruppe I mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Der Antrag der KLS wegen der Amtsvormünder wird einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen, ebenso der Antrag wegen des früheren Dienstschlusses am 24. Dezember. Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ werden die folgenden Anträge der KLS abgelehnt: Dienstbeschreibung, Pensionsbemessungsgrundlage und Dienstpostenpläne.

Der Antrag der ÖVP wegen der Entlohnung der geistlichen Schwestern wird einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Die Beratungen werden morgen, Mittwoch, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe III - Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung, fortgesetzt

(Ende des Sitzungsberichtes)

Die Stadtverwaltung ehrt Ehejubilare
=====

12. Dezember (RK) Ein Eisernes, neun Diamantene und 192 Goldene Hochzeitspaare sind, geteilt in drei Gruppen, für heute, morgen Mittwoch, und übermorgen Donnerstag von Bürgermeister Jonas in den Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses eingeladen. Diese 202 Jubelpaare haben zusammen ein Lebensalter von 30.360 Jahren. Sie sind gleichzeitig die Ahnherren von 461 eigenen Kindern, 400 Enkeln und 54 Urenkeln, zusammen also 915 Nachkommen.

Bei der heutigen Hochzeitsfeier im Rathaus, bei der die Paare aus den Bezirken 1 bis 11 geehrt wurden, befanden sich auch die Eisernen Hochzeiter Johann und Anna Wildschek aus dem 8. Bezirk.

An der heutigen Feier nahmen mit Bürgermeister Jonas Vizebürgermeister Mandl, die Stadträte Bauer, Dr. Glück, Maria Jacobi und Koci, sowie die Bezirksvorsteher teil. Eine Klasse von Mittelschülerinnen aus Linz, die kurz vorher das Wiener Rathaus besichtigte, wurde vom Bürgermeister eingeladen, der Ehrung im Stadtsenatssitzungssaal beizuwohnen.

Bürgermeister Jonas überbrachte den Jubelpaaren die Glückwünsche der Stadtverwaltung und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß es ihnen gegönnt war, diesen schönen Jubeltag zu erleben. Er lud alle Paare ein, zum nächsten Jubiläum wieder Gäste der Stadt Wien im Rathaus zu sein. Für die Zukunft wünschte er allen die beste Gesundheit und noch viele zufriedene Jahre im Kreise ihrer Familie.

Den musikalischen Teil der Feier besorgte Prof. Faltl mit seinen Solisten.

- - -

Johann Andreas Streicher zum Gedenken
=====

12. Dezember (RK) Auf den 13. Dezember fällt der 200. Geburtstag des Musikers und Klavierfabrikanten Johann Andreas Streicher, eines Freundes Schillers und Beethovens.

In Stuttgart geboren, begleitete er Schiller auf dessen Flucht nach Mannheim und verbrauchte seine ganzen Ersparnisse, um ihm zu helfen. In der Folge gab er Musikunterricht und machte sich bald als Klavierlehrer einen Namen. 1793 heiratete er die Tochter des Klavierbauers Stein und zog dann mit ihr nach Wien, um hier die Pianoforte-Produktion zu beginnen. Die Firma Stein hatte damals schon Weltruf, erlangte aber durch den Ausbau der "Wiener Mechanik" neues Ansehen. Streicher konnte dank seiner musikalischen Kenntnisse viele Verbesserungen durchführen und verhalf dem Betrieb zu hoher Blüte. Sein Haus in der Ungargasse wurde im Vormärz ein Zentrum des Wiener Musiklebens. Der Vorführsaal diente oft zur Veranstaltung großer Konzerte. Eines davon brachte über 30.000 Gulden zugunsten der Badner Abbrändler ein. Nanette Stein-Streicher umsorgte Beethoven und führte ihm wiederholt den Haushalt. Der Sohn, Johann Baptist Streicher, der die Firma 1823 übernommen hatte, war einer von Beethovens Sargträgern. Johann Andreas Streicher gehörte zu denen, die die Gründung der Gesellschaft der Musikfreunde anregten. Er betätigte sich auch sehr aktiv für die evangelische Gemeinde und für die Pflege der evangelischen Kirchenmusik. Am 25. Mai 1833 ist er gestorben und wurde auf dem St. Marxer-Friedhof begraben, dann auf den Matzleinsdorfer Friedhof überführt. 1891 erhielt er ein Ehrengrab auf dem Zentralfriedhof. Die Klavierfabrik bestand noch bis zum Jahre 1896.

- - -

Gratulation an Henny Kienzl
=====

12. Dezember (RK) Zum 85. Geburtstag der Witwe des Komponisten Wilhelm Kienzl, der Schriftstellerin Henny Kienzl, haben Bürgermeister Jonas und Vizebürgermeister Mandl auf schriftlichem Wege herzlich gratuliert.

- - -

85. Geburtstag von Theodor Rittler
=====

12. Dezember (RK) Am 14. Dezember vollendet der Rechtswissenschaftler Univ.-Prof. Dr. Theodor Rittler das 85. Lebensjahr.

In Wien geboren, absolvierte er hier das Jusstudium, übte zunächst die Gerichtspraxis aus und wurde 1902 in das Justizministerium berufen, wo er bei der Ausarbeitung des Strafgesetzentwurfes durch die Strafrechtskommission tätig war. 1908 erfolgte seine Habilitierung für Strafrecht und Strafprozeß. Von 1912 bis 1952 wirkte er als Ordinarius an der Universität Innsbruck. In dieser Zeit wurde seine Lehrbefugnis auch auf Rechtsphilosophie und Völkerrecht ausgedehnt. Zweimal war er Rektor, sechsmal Dekan der juristischen Fakultät. Seit 1951 ist er wirkliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Prof. Rittler hat in Sammelwerken und Zeitschriften zahlreiche wertvolle Beiträge zu Fragen des Strafrechts und des Strafprozesses veröffentlicht. Von seinen Arbeiten ist das Lehrbuch des österreichischen Strafrechts am bekanntesten. Für seine Verdienste wurden ihm hohe Auszeichnungen zuteil. Er ist Ehrendoktor und Ehrensensator der Universität Innsbruck sowie Träger des Ehrenringes der Stadt Innsbruck. Zu seinem goldenen Doktorjubiläum wurde sein Doktordiplom von der Wiener Universität feierlich erneuert.

- - -

Pferdehauptmarkt vom 12. Dezember
=====

12. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 161 Stück, hievon 18 Fohlen und ein Esel. Als Schlachttiere wurden 115 Stück verkauft, als Nutztiere 38 Stück, unverkauft blieben acht Stück.

Herkunft der Tiere: Wien 3, Niederösterreich 94, Oberösterreich 14, Burgenland 26, Steiermark 13, Kärnten 11.

Preise: Schlachttiere, Fohlen 10.80 bis 13 S, Pferde extrem 7.30 bis 7.80 S, 1. Qualität 6.80 bis 7.20 S, 2. Qualität 6.40 bis 6.70 S, 3. Qualität 4.80 bis 6.30 S, Nutztiere Pferde 6 bis 8 S.

Auslandsschlachthof: 130 Stück aus Polen, Preis 5.50 bis 6.40 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich für inländische Schlachtpferde um fünf Groschen je Kilogramm und ermäßigte sich für inländische Schlachtfohlen um 27 Groschen je Kilogramm. Der Durchschnittspreis beträgt für: Schlachtpferde 7.08 S, Schlachtfohlen 11.99 S, Schlacht- und Nutzpferde 7.14 S, Pferde und Fohlen 7.47 S.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 12. Dezember
=====

12. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 7.411; Polen 350, Bulgarien 50, Ungarn 125. Gesamtauftrieb: 7.936.

Preise: Extremware 14 bis 14.20 S, 1. Qualität 13.50 bis 13.90 S, 2. Qualität 13 bis 13.40 S, 3. Qualität 12.40 bis 13 S, Zuchten extrem 12.10 bis 12.20 S, Zuchten 11.30 bis 12 S, Altschneider 10.50 S.

Ausländische Schweine notierten: Polen 13.20 bis 13.90 S, Bulgarien 12.50 S, Ungarn 13.30 S.

Bei Qualitätsverbesserung erhöhte sich der Durchschnittspreis für inländische Schweine um 14 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.10 S. Der Durchschnittspreis für ausländische Schweine beträgt 13.36 S.

In der Zeit vom 2. bis 8. Dezember wurden 3.806 Schweine außer Markt bezogen.

- - -